

Worst EU Lobby Awards 2006

Der "Preis" für das schlimmste, undemokratischste Lobbying in der EU 2006

10 Kandidaten stehen in zwei Kategorien zur Wahl.

Stimmen Sie bis zum 4. Dezember ab unter www.worstlobby.eu

1 Die Kategorie „The Worst EU Lobbying“

Die PR-Agentur Weber Shandwick

Nominiert für den Aufbau einer Tarnorganisation, die angeblich die Zugangsmöglichkeiten zu Krebsbetreuung verbessern will, dabei aber die Interessen des Pharma-Riesen Roche fördert

Cancer United startete am 19. Oktober in Brüssel. Die Initiative behauptet, eine Koalition aus Ärzten, Krankenpflegern und Patienten zu repräsentieren, die auf den gleichberechtigten Zugang zur Krebsbetreuung in der EU drängen. Die PR-Agentur Weber Shandwick leitet das Sekretariat der Initiative. Bei dem Bemühen, Vorstandsmitgliedern für Cancer United zu gewinnen und die Initiative bei der Presse und Kliniken bekannt zu machen, verschwieg sie, dass die Initiative vollständig von Roche, dem weltgrößten Hersteller von Krebsmedikamenten, finanziert wurde.

Die Kampagne zielt darauf ab, eine Million Unterschriften zu sammeln, und die Europäische Kommission zu einer EU-weiten Strategie zur Krebsbehandlung zu drängen. Die ganze Kampagne scheint irreführendes Lobbying zu sein, um die öffentlichen Ausgaben für Krebsmedikamente zu erhöhen. Eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben würde der Bilanz von Roche helfen, stellt die Firma doch das Brustkrebsmittel Herceptin, das Medikament Avastin gegen Darmkrebs und das Medikament Tarceva zur Behandlung von Lungenkrebs her.

Wichtige Argumentationsbasis für Cancer United ist eine Studie des Karolinska Instituts in Schweden, der ebenfalls von Roche finanziert wurde. Er bringt die Überlebensrate von Krebspatienten mit den öffentlichen Ausgaben für Medikamente in Zusammenhang. Laut Aussage eines führenden Krebsexperten aus Großbritannien, Michel Coleman, sei dieser Bericht mit großen Fehlern behaftet und seine Schlussfolgerungen seien falsch.

Bedenken über die Finanzierungsquelle und den Mangel an Transparenz, die durch Enthüllungen des „Guardian“ über die Rolle von Roche und Weber Shandwick aufkamen, lösten eine Exodus aus: Mitglieder des Europäischen Parlaments, die Vorsitzende der Europäischen Krebspatienten Vereinigung, und der ehemalige Sprecher des britischen Premierministers, zogen sich schleunigst aus dem Vorstand von Cancer United zurück.

Stimmen Sie für Weber Shandwick für die Irreführung über die Rolle von Roche!

European Chemical Industry council - CEFIC Für Panikmache und Desinformation

Nominiert für ihr aggressives und irreführendes Lobbying, um das neue Chemikalienrecht REACH zu stoppen. REACH soll Umwelt- und Gesundheitsstandards in der EU sichern. Zwei klare Beispiele zeigen, dass CEFIC weiterhin Taktiken von Panikmache und Desinformation nutzt - in der vermutlich größten Lobbykampagne der europäischen Industrie bis heute.

Zu Beginn des Jahres 2006 trug das Lobbying von CEFIC zur Entscheidung des Europäischen Parlaments bei, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) das Recht auf Einspruch beim Europäischen Gerichtshof gegen Verletzungen der Umweltsetze durch EU Institutionen zu verwehren. Die Lobbyisten der Chemie-Industrie argumentierten, dass das Klagerecht der NGOs eine einseitige Bevorzugung und einen Ausschluss von Bürgern und Unternehmen bedeuten würde. In Wahrheit aber haben Unternehmen bereits ein solches Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof, während es Bürgern und NGOs bisher versagt bleibt. Durch diese Verdrehung der Tatsachen schaffte es CEFIC, dass nun allein die Chemie-Unternehmen Anspruch darauf haben, den Gerichtshof bei Streitigkeiten über die Umsetzung von REACH anzurufen.

Diesen Herbst griff CEFIC's Lobby-Maschinerie ein zentrales Prinzip innerhalb von REACH an: Den Grundsatz, dass die Produktion von besonders gefährlichen Chemikalien auslaufen soll, falls sicherere Alternativen existieren. CEFIC versuchte, die Mitglieder des Europäischen Parlaments zu verschrecken, und behauptete, dass dieser Vorschlag der „Substitution“ dazu führen würde, dass über Nacht alle gefährlichen Stoffe verboten würden, auch solche, die Leben retten. In einer ganzseitigen Anzeige in der „European Voice“ behauptete CEFIC, dass dieses Prinzip den Einsatz von DDT gegen den Malaria-Erreger verhindern würde, und somit den Tod tausender Afrikanischer Kinder zur Folge hätte. Diese Anzeige, begleitet von dem Foto eines schwarzen Kindes, war zutiefst zynisch und irreführend: Erstens ist DDT ein Pestizid und daher befreit von den REACH Regelungen. Zweitens sieht REACH ohnehin vor, eine Vielzahl von hochgradig gefährlichen Chemikalien zuzulassen, wenn Alternativen nicht vorhanden sind oder wenn der gesellschaftliche Nutzen die Risiken überwiegt.

Wählt CEFIC für ihr irreführendes Lobbying zur Aushöhlung des EU Chemikalienrechts.

David Earnshaw (Burson-Marsteller)

Weil er als Lobbyist der Pharmaindustrie beim Europäischen Parlament die Rolle eines „unabhängigen Experten“ spielt.

David Earnshaw, Managing Director der Lobby-Agentur Burson-Marsteller in Brüssel, ist nominiert für seine Eigendarstellung als „unabhängiger Experte“ beim Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Nahrungssicherheit des Europäischen Parlaments (ENVI-Ausschuss).

Earnshaw ist weder Wissenschaftler, Mediziner oder Ernährungsberater. Er ist ein altbekannter Lobbyist in Brüssel, der schon für den Pharma-Multi SmithKline Beecham gearbeitet hat, und der eine Schlüsselrolle bei der Durchsetzung der Richtlinie für Biopatente in den 1990er Jahren spielte.

Earnshaw behauptet, dass er während seiner Tätigkeit beim Ausschuss, „niemals im Auftrag eines Pharmaunternehmens oder sonstiger Interessen Lobbyarbeit zu dieser Gesetzgebung betrieben hat, genauso wenig wie Burson-Marsteller seine Kunden diesbezüglich beraten hat.“ Er besteht darauf, dass die Schlussfolgerungen in seinem Bericht, nicht „den Lobbyanstrengungen der Pharma- und Biotechnologie-Industrie, NGOs oder Anderer entsprechen.“

Zu Burson-Marstellers Kunden gehören z.B. GlaxoSmithKline, Novartis und Pfizer - Unternehmen also, die ein Interesse an den Angelegenheiten des Ausschusses haben. Im Jahr 2006 erstellte Earnshaw einen Bericht für den Ausschuss, indem gegen nationale Verbote fortgeschrittener Therapien-Regulierungen argumentiert wurde. Diese Position stimmt exakt mit den Politikempfehlungen der Pharmaindustrie überein!

Die Rolle als „unabhängiger Experte“ in diesem Ausschuss erlaubt Earnshaw zumindest, wertvolle politische Informationen zu bekommen und Kontakte zu knüpfen. Solche Kontakte sind von großer Bedeutung für Berufslobbyisten und können für zukünftige Aufträge und kommerzielle Zwecke genutzt werden, obwohl der Steuerzahler dafür bezahlt. Schlimmstenfalls aber stellt seine „Experten“-Rolle einen ernststen Interessenkonflikt dar. Ohne mehr Transparenz über seine Lobbytätigkeit wird es darüber nie Gewissheit geben.

ExxonMobil

Nominiert für die fortlaufende Unterstützung von Klimawandel-Skeptikern

Der Ölriese ExxonMobil ist seit Jahren eines der umstrittensten Ölonternehmen, weil es das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz ablehnt und es tatkräftig die Überzeugung der US-Regierung fördert, auf effektive Maßnahmen gegen den Klimawandel zu verzichten. Trotz steigendem öffentlichen Drucks fördert der Öl-Multi weiterhin „klima-skeptische“ Denkfabriken und Lobbygruppen in den USA und Europa. Letztes Jahr hat ExxonMobil 2,9 Millionen Dollar an 39 solcher Gruppen verteilt. Am meisten Geld bekam das Competitive Enterprise Institute, eine Washingtoner Denkfabrik, die aggressiv gegen die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen argumentiert.

In Europa hat ExxonMobil hartnäckige Gegner der Klimaschutz-Anstrengungen der EU finanziert, z.B. das International Policy Network, das Centre for a New Europe, Tech Central Station und den International Council for Capital Formation (die drei letztgenannten haben ihren Sitz in Brüssel). Im Jahr 2005 hat ExxonMobil die Programme zum Klimawandel des Centre for a New Europe und denen des International Policy Network mit 50.000 Dollar im ersten und 130.000 Dollar im zweiten Fall finanziert. Mit diesen Ausgaben will ExxonMobil ein Meinungsumfeld schaffen, in dem die Skepsis gegenüber dem Klimawandel von scheinbar seriösen Quellen bestätigt wird. In Wahrheit werden die „Klima-Skeptiker“ von interessierter Seite bezahlt, um die Klimadebatte mit nicht-wissenschaftlichen Argumenten zu „verschmutzen“.

Vor kurzem schrieb die Royal Society, Großbritanniens meist angesehenes Wissenschaftsgremium, dem Ölriesen und forderte, die Finanzierung dieser Gruppen einzustellen, weil diese „die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel falsch dargestellt haben, indem sie die Beweislage gänzlich geleugnet haben“. Diese Forderung fand ihr Echo in einem offenen Brief von zwei US Senatoren an Exxonmobil im Oktober diesen Jahres. Die beiden Senatoren, ein demokratischer und ein republikanischer, riefen das Unternehmen dazu auf, verantwortlich zu handeln und die finanzielle Unterstützung für Gruppen zu beenden, „deren öffentliches Eintreten zum kleinen, aber unglücklicherweise effektiven Mythos der Leugnung des Klimawandels beigetragen hat.“

Wählt ExxonMobil, wenn ihr der Meinung seid, das Wissenschaft nicht käuflich sein sollte.



Sky and Space Intergroup

Ein Schwarzes Loch in Sachen Transparenz

Die Physik lehrt, dass sich Licht mit einer Geschwindigkeit von 299 792 458 Metern pro Sekunde durchs All bewegt. Unglücklicherweise ist die Sky and Space Intergroup eher eine Art Schwarzes Loch, wenn sie durchleuchtet werden soll.

Die Sky and Space Intergroup bringt Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammen, die zu Luft- und Raumfahrt arbeiten. Sie ist offiziell als sogenannte „Intergroup“ anerkannt und kann dadurch die Einrichtungen des Europaparlaments für sich nutzen. Weitaus schwerer zu durchschauen ist, dass das Sekretariat der Intergroup von der Aerospace and Defence Industries Association of Europe (ASD) geleitet wird, dem Lobbyverband der Luftfahrt- und Luftwaffenindustrie. ASD hat offen bekannt, die Intergroup für Lobbyzwecke im Europäischen Parlament zu benutzen. Die ASD tritt für die Liberalisierung des Luftfahrt- und Waffenmarktes ein und drängt die EU dazu, Gelder der Steuerzahler für Forschung und Entwicklung in ihrem Industriesektor einzusetzen.

Weil sie diese Unterstützung seitens der Industrie in ihrer Erklärung zu den finanziellen Interessen beim Europäischen Parlament nicht offenlegte, verstößt die Sky and Space Intergroup gegen die ohnehin schon schwachen Transparenzregelungen des Parlaments und wagt sich über das hinaus, was sich andere offiziell anerkannte Intergroups bisher zutrauen.

Wählt die Sky and Space Intergroup, denn die Wahrheit liegt da draußen, irgendwo!

2 Die Kategorie „The Worst Privileged Access“

EU Industriekommissar Günter Verheugen

Für die Einrichtung von unausgewogenen Expertengruppen, die vor allem den Interessen großer Unternehmen dienen.

Man denkt sich, dass Expertengruppen, die die Europäische Kommission beraten, transparent und ausgeglichen sein sollten, damit Entscheidungsträger ein ausgewogene Sicht der Dinge bekommen. EU Industriekommissar Verheugen scheint allerdings andere Vorstellungen zu haben, wenn er sogenannte „High Level Groups“ einsetzt.

Die „High Level Group on Competitiveness, Energy and the Environment“ (Hochrangige [Experten]Gruppe zu Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt) beispielsweise soll Expertise zur europäischen Energiepolitik liefern. Verheugen entschied allerdings, diese Arbeitsgruppe von Vertretern großer Energieversorger und –nutzer dominieren zu lassen.

Vorreiter-Unternehmen in Sachen Energieeffizienz und erneuerbare Energien, anerkannte Verbraucher- und Gesundheitsorganisationen fehlen ebenso wie Vertreter der Wissenschaft in diesem unausgewogenen Gremium. Nur zwei Umweltorganisationen wurden zur Teilnahme eingeladen. Wenn eines der Ziele dieser Gruppe die Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien ist, kann man nur schwer verstehen, warum Experten aus diesen Bereichen so dramatisch unterrepräsentiert sind. Auch wenn die Arbeitsgruppe im Titel das Wort „Umwelt“ führt, liegt ihr Schwerpunkt vor allen anderen Aspekten auf der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie.

Genauso zeigt die Cars 21 Arbeitsgruppe (Cars 21 High Level Group) einmal mehr Verheugens ausgewogene Handschrift. Die Arbeitsgruppe wurde geschaffen, um die Autoindustrie auf den Wettbewerb im kommenden Jahrzehnt vorzubereiten, indem man einen „schlanken, sauberen und sicheren“ Weg vorwärts sucht. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe jedoch war sehr unausgeglich – nur drei Vertreter der Gewerkschaften, NGOs und Verbraucher nehmen daran teil, im Vergleich zu sieben Vertretern der großen Automobilhersteller. Es überrascht nicht, dass der Abschlussbericht, veröffentlicht im Dezember 2005, maßgeschneidert für die Herstellerinteressen im Angesicht wachsenden Wettbewerbs ist, aber keine Maßnahmen zur Bekämpfung des steigenden Emissionsausstoßes enthält.

Generaldirektion Binnenmarkt der EU-Kommission Für die Manipulation eines Anhörungsprozesses zur EU-Patentpolitik

Trotz der klaren Ablehnung von Softwarepatenten seitens des Europäischen Parlaments im Herbst 2005, tauchte das Thema diesen Sommer wieder auf, als der EU Kommissar McCreevy ein einheitliches Patentgesetz für die EU vorschlug. Der Entwurf schloss u.a. ein Übereinkommen über Europäische Patentstreitigkeiten (European Patent Litigation Agreement, EPLA) ein, das vom Europäischen Patentamt entwickelt wurde. Viele fürchten, dass das EPLA Softwarepatente de facto durch Einzelentscheidungen (case law) legalisieren würde.

McCreevy`s Generaldirektion organisierte eine Anhörung zu dem Vorschlag. Sie war durch eine starke Voreingenommenheit gegen Kritiker gekennzeichnet und durch ein verstörendes Maß an Vorzugsbehandlung für Unternehmensvertreter, die sich für Software-Patente nach US-Vorbild einsetzten. Dadurch missachtete die Generaldirektion (GD) Binnenmarkt die eigenen Minimalstandards für Anhörungsverfahren.

Am Ende des offiziellen Anhörungsprozesses (bei dem alle Interessierten schriftliche Stellungnahmen einreichen konnten), veranstaltete die GD Binnenmarkt zusammen mit der GD Industrie eine zusätzliche Anhörungsrunde mit 600 ausgewählten kleinen und mittleren Firmen. Viele Firmen, die großes Interesse an dem Thema ausgedrückt hatten, wurden weder informiert noch eingeladen. Der Input aus dieser zusätzlichen, exklusiven und geheimen Anhörungsrunde wurde in den abschließenden Bericht der Kommission über den gesamten Anhörungsprozess aufgenommen; ein Bericht, den Gegner von Softwarepatenten nach US-Vorbild als „verzerrt und auf die Unterstützung für das Übereinkommen über Europäische Patentstreitigkeiten abzielend“ beschreiben. Zentrale Kritikpunkte an der Patent-Praxis des Europäischen Patentamts, an den gegenwärtig diskutierten Patentreformvorschlägen und an der Ausrichtung des Fragebogens zur Anhörung von Seiten einer großen Zahl von kleineren und mittleren Unternehmen wurden ignoriert oder ins Lächerliche gezogen.

Während der Hauptanhörung in Brüssel über die zukünftige Patentpolitik im Juli, durften Vertreter von kleinen deutschen Software-Firmen nicht sprechen, trotz wiederholter Anfragen im Vorfeld. Diese Verweigerung steht im Kontrast zum Verhalten der EU-Kommission gegenüber der Alliance for Competitive Technology (ACT), die eingeladen wurde, die Interessen kleiner und mittlerer Softwarefirmen zu „vertreten“. ACT ist eine von Microsoft unterstützte US-basierte Lobbygruppe mit Hauptsitz in Washington. Nur eine Minderheit ihrer Mitglieder sind europäische Firmen.

Dieser unausgewogene Anhörungsprozess der DG Binnenmarkt erregt den Verdacht, dass er vornehmlich dazu diente den eigenen Vorschlag zur Patentpolitik zu legitimieren, komme, was wolle. Wählt das GD Binnenmarkt für ihre Bereitschaft zu Anhörung, aber nur wenn man sagt, was es hören will.

Die EU Kommissare Verheugen und Spidla

Weil sie nur das „corporate“ in „Corporate Social Responsibility“ hören

Zwischen 2002 und 2004 organisierte die Europäische Kommission ein Multi-Stakeholder Forum (MSF) über die soziale Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR), an dem alle relevanten Gruppen beteiligt waren: Unternehmen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Regierungsvertreter. Das Forum sollte zur Entwicklung eines neuen Politikkonzepts der EU-Kommission zur Unternehmensverantwortung beitragen.

Im März 2006, veröffentlichte die Kommission schließlich ihre neue Mitteilung über CSR. Dieses Positionspapier wurde jedoch nur mit den Beiträgen der Wirtschaft erstellt und vernachlässigte die jahrelangen Diskussionen innerhalb der MSF. Es fanden mehrere Treffen zwischen der Kommission und Vertretern der Unternehmensseite statt, wobei NGOs und Gewerkschaften außen vorgelassen wurden. All ihre Empfehlungen im Rahmen des MSF wurden im Positionspapier nicht mehr berücksichtigt.

Aufgrund des großen Einflusses und des privilegierten Zugangs von UNICE (der zentralen europäischen Arbeitgeberorganisation) und anderen Unternehmensgruppen, ist die CSR Politik der EU Kommission nun begrenzt auf ein sehr schwaches und auf Freiwilligkeit aufbauendes Bündnis zwischen der EU und den Unternehmen, ohne klare Vorgaben und Standards für die Umsetzung und Überprüfung. Der Schwerpunkt der CSR-Politik verlagerte sich von der Begrenzung von Schäden an Mensch und Natur zu Maßnahmen der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen.

Der unausgewogene Charakter des Dokuments wird durch einen Brief von UNICE an die Mitglieder des Konsultationsprozesses zwischen Kommission und Unternehmensvertretern deutlich. In dem Brief heißt es, dass "ein paar Passagen als verbale Zugeständnisse an andere Stakeholder verstanden werden müssen, die jedoch keine echten Folgen haben werden." Die CSR-Mitteilung wurde von den EU Kommissaren Verheugen und Spidla in Zusammenarbeit mit CSR Europe (die führende Unternehmensagentur in Sachen CSR) sowie anderen Unternehmen wie Volkswagen vorgestellt. Gewerkschaften und NGOs wurden dazu nicht eingeladen.

Stimmen Sie für Verheugen und Spidla weil sie nur das „corporate“ in „Corporate Social Responsibility“ hören!

EU Handelskommissar Peter Mandelson

Weil er Unternehmenslobbyisten mit offenen Armen empfängt und Bürger, Konsumenten und Parlamentarier im Regen stehen lässt.

Das enge und lauschige Verhältnis zwischen dem Generaldirektorat (GD) Handel und dem European Service Forum (ESF) ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie die GD Handel von Mandelson Großunternehmen bevorzugt behandelt. Das ESF wird nicht nur über vertrauliche E-mail-Listen zu Rückmeldungen über Entwürfe für die EU-Handelspolitik aufgefordert, sie profitiert auch von persönlichen Treffen: Vertreter der GD Handel nehmen gewohnheitsmäßig an ESF-Treffen teil, in denen die Lobbyisten der Dienstleistungsindustrie über die neuesten Sachverhalte und Entwicklungen in den GATS-Verhandlungen bei der Welt handelsorganisation informiert werden (GATS = General Agreement on Trade in Services, das Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungsmärkten weltweit). Außerdem erlaubt das Komitee 133, welches die EU-Handelspolitik koordiniert, dem ESF, Gastgeber und Moderator der regelmäßigen Treffen des Komitees zu sein (wie z.B. am 23. Mai 2006) und Peter Mandelson empfängt freudig hochrangige Delegationen europäischer Dienstleistungsunternehmen (wie z.B. am 27. Juni 2006 geschehen). Gewerkschaften, NGOs und andere, die über die Auswirkungen der Handelspolitik auf Mensch und Natur besorgt sind, werden regelmäßig abgewiesen. Kein Wunder, dass Pascal Kerneis, der Manager des ESF, die Unterhändler des Generaldirektorats Handel öffentlich als „meine Unterhändler“ bezeichnet.

Peter Mandelson bemüht sich auch sehr um die internationalen Unternehmensfora, während Mensch und Umwelt draußen im Kalten bleiben müssen. Eins von vielen Beispielen: Am Rande des EU-US Gipfeltreffens am 21. Juni 2006, nahm Peter Mandelson am Vorstandstreffen des Transatlantic Business Dialogue teil, um den „fruchtbaren Dialog“ fortzusetzen.

Privilegiertes Zutritt erzeugt Resultate und Unternehmensinteressen sind tatsächlich bestens vertreten in den Positionen der offiziellen EU Handelspolitik – mit katastrophalen Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit, Umwelt und den Kampf gegen die Armut. Darauf angesprochen, dass er zusammen mit Großunternehmen „in einem Bette“ liege, antwortete Mandelson: „Viele Leute sind in meinem Bett.“

Die österreichische und finnische EU-Ratspräsidentschaften für ein von Ihnen organisiertes Treffen, das der Biotech-Industrie exklusiven Zugang zu den EU-Entscheidungsträgern verschaffte, aber Nichtregierungsorganisationen außen vor ließ

Am 20. Juni organisierten die scheidende österreichische mit der sie ablösenden finnischen EU-Ratspräsidentschaft ein hochrangiges Treffen über die Zukunft der Biotechnologie in Europa. Während EuropaBio, der Lobbyverband der Biotechnologie-Industrie, stark vertreten war, wurde Umweltorganisationen die Teilnahme verweigert. Als Friends of the Earth (FoE) bat, dem Treffen beiwohnen zu dürfen, wurde ihnen gesagt, dass kein Platz mehr vorhanden sei. Ein anonymer Anruf wenige Minuten früher hingegen bekam eine andere Antwort – man könne sich immer noch für das Treffen anmelden.

EuropaBio war nicht nur Teilnehmer, sondern verschickte im Namen der beiden Ratspräsidentschaften auch noch offizielle Einladungen: „Teilnehmende Vorstände und Führungskräfte von Unternehmen können erwarten, Entscheidungsträger zu treffen und sich mit anderen Wirtschaftsakteuren zu vernetzen.“ EuropaBio erklärte in einer Pressemitteilung: „Die Branche trifft sich mit den österreichischen und finnischen EU Ratspräsidentschaften in Helsinki, um die Biotechnologie-Themen zu diskutieren, die in den kommenden 6 Monate auf der europäischen Agenda stehen sollen.“

Bei dem Treffen wurden der Biotech-Industrie außerdem die vorläufigen Ergebnisse einer großen Kommissionsstudie gezeigt, obwohl die Frist für Eingaben seitens weniger begünstigter Beteiligter noch nicht verstrichen war.

Das Treffen, organisiert in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, war Teil einer Zwischenüberprüfung der achtjährigen EU-Biotech-Strategie, die den Kurs der EU Politik festlegt. Der Überprüfungsprozess bietet der Industrie bis jetzt weitaus besseren Zugang als den NGOs: das ganze sei eine „Schulterklopf“-Veranstaltung für die Biotechnologieindustrie“ wie eine Sprecherin von Friends of the Earth es ausgedrückt hat.

Weitere Informationen

Die Worst EU Lobby Awards werden von den Nichtregierungsorganisationen Corporate Europe Observatory, LobbyControl, Friends of the Earth Europe und Spinwatch organisiert.

Die Preisverleihung findet am 13. Dezember in Brüssel statt.